Morgen-Ausgabe

225 Jahre

Nummer 174 a

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1703 für Anhalt und Thüringen 1928

Bezugspreis: monatlich 2 G.-M., bei 2maliger Zustellung 2.50 G.-M., ausschließlich Zustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonats angenommen.

Halle-Saale

Donnerstag, 26. Juli 1928

Anzeigenpreis: Für die 10gespaltene 26 mm breite Millimeterzeile 15 Pf für Familienanzeigen 6 Pf für die Rubrik „Kleine Anzeigen" jedes Wort 3 Pf., Ueberschriftzeile 10 Pf. die 3gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pf. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort für alle Sachen Halle (Saale). Für Platzvorschriften u. telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 6 Uhr an Redaktion 25609 u. 25610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 62 90. Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die Ausschließung Lambachs und ihre Folgen

Geteilte Meinung der Berliner Presse

Der größte Teil verlangt Revision des Urteils

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 25. Juli.

Die Berliner Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Ausschluß Lambachs aus der Deutschnationalen Volkspartei:

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** und die **„Berliner Börsenzeitung"** bezeichnen den Spruch des deutschnationalen Parteigerichtes als „unrichtig" und als eine „politische Unklugheit".

Die **„Kreuzzeitung"** ist der Ansicht, daß das Urteil des Landesvorstandes zu Recht gefällt worden sei. Es werde abzuwarten sein, ob Lambach in der Berufungsinstanz mildere Richter finden werde.

Die **„Deutsche Tageszeitung"** mißbilligt den Spruch des Landesvorstandes sehr stark und schreibt: „Wir sind der Meinung gewesen, daß die Lendenz, die Lambach mit seinem Hervortreten verfolgte, alles andere als parteizerstörend war, daß sie den Eindruck einer tatsächlich vorhandenen Bewegung in nicht eben kleinen Kreisen darstellt und daß man sich mit ihr unmöglich auseinandersetzen kann, indem man sie einfach durch formalistische Kraftsprüche zu erschlagen sucht. Leider ist der Spruch des Landesvorstandes ausschließlich auf diese formalistische Seite abgestellt und wir können die Feststellung nicht unterdrücken, daß er offensichtlich unter Anwendung durchaus subalterner Maßstäbe zustande gekommen ist."

Das Blatt vermag weder darin noch in dem darauffolgenden Versuch eine sachliche Auseinandersetzung über Lambachs Anregung für alle Zukunft durch einen einfachen Spruch unmöglich zu machen, einem besonderen Beweis der inneren Stärke der Deutschnationalen Volkspartei zu erblicken und nimmt an, daß das Parteigericht zu einer gründlichen Revision des Urteils des Landesverbands-Vorstandes kommen werde. Wenn das Parteigericht nicht wie der Landesverbands-Vorstand an den tieferen Beweg- und Hintergründen der Angelegenheit vorbeigehen werde, so werde es finden, daß im Grunde genommen der Abgeordnete Lambach mit seiner Forderung, auch Republikanern die Zugehörigkeit zur Partei zu ermöglichen, nichts anderes gewollt habe als die Sicherung des Nachwuchses.

Die **„Deutsche Zeitung"** hält dagegen den Spruch des Landesvorstandes für berechtigt.

Das **„Berliner Tageblatt"** gibt die Meinung wieder, daß zunächst Hugenberg innerhalb der deutschnationalen Partei eine Schlacht gewonnen habe, daß der Kampf aber erst in Gang kommen werde.

Dieser Ansicht schließt sich auch der **„Vorwärts"** an, der dann aber schreibt, daß es der Berufungsinstanz kaum noch möglich sein werde, bei ihrer Entscheidung, auf formale Gesichtspunkte auszuweichen, da sich die durch den Ausschluß Lambachs heraufbeschworene Parteikrisis nicht mehr so einfach werde beilegen lassen.

Nach Ansicht der **„Germania"** kann „dieser rein formale unpolitische Parteispruch" den Anfang vom Ende der Organisation bedeuten. Letzten Endes handle es sich um die große entscheidende im Hintergrund stehende Frage, ob der Geist der Deutschnationalen Partei nicht nur staatsrechtlich sondern vielmehr vom Standpunkt der sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltung für die neue Zeit reif sei. „Er ist es nicht," schreibt das Blatt, „denn Sieger ist Hugenberg geblieben und damit der Finanzmann und Plutokrat gegen den Gewerkschaftler und Volkskonservativen".

Der **politisch gewerkschaftliche Zeitungsdienst** schließlich schreibt: „Die Freunde Lambachs, welche er innerhalb der Reichstagsfraktion besitzt, werden nunmehr ihrerseits den Standpunkt Lambachs, welchen er innerhalb der Reichstagsfraktion besitzt, auch in der Oeffentlichkeit vertreten. Wenn die Partei dann weiterhin noch formal juristischen Grundsätzen entscheiden will, die politischen Entwicklungen aber übersieht, so wird es letzten Endes dazu kommen, daß nur noch einige ausschußbereite Vorstände vorhanden sind, aber keine Mitglieder mehr in der Partei. Sollte das Parteigericht den Spruch des Landesverbandes Potsdam II, bestätigen, dann wird Lambach auf keinen Fall sein Reichstagsmandat niederlegen dürfen, sondern er muß im Reichstage eine Ausnahmestellung einnehmen und von hier aus unter Nutzung seiner politischen Stellung die Dinge zur endgültigen Klärung zutreiben.

*

Die **„Hamburger Nachrichten"** nehmen am Mittwochabend in einem Leitartikel zu dem Ausschluß Lambachs aus der Deutschnationalen Volkspartei Stellung und schreiben u. a.: Wir hoffen, daß das Urteil des Potsdamer Landesverbandes von der Berufungsinstanz revidiert werden wird. Die Deutschnationale Volkspartei ist unseres Erachtens nicht fest genug gefügt, um schwere innere Erschütterungen zu ertragen. Die Unzufriedenheit weiter Wählerkreise der Partei, die doch zum größten Teile nur von denen lebt, die sie für das gleiche Uebel halten, ist ständig im Wachsen begriffen.

Abg. Lejeune-Jung legt den Vorsitz der Ortsgruppe Halensee nieder

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 25. Juli.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Lejeune-Jung hat an den Vorsitzenden des Landesverbandes Potsdam II der Deutschnationalen Volkspartei folgenden Brief gerichtet:

„Die deutschnationale Fraktion hat den bekannten Aufsatz des Herrn Abg. Lambach nach Form und Inhalt mißbilligt. Diesem Beschluß habe ich zugestimmt. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat jedoch in Anschung der Bedeutung dieser Auseinandersetzung auf die Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft verzichtet. Der Landesvorstand des Landesverbandes Potsdam II, dem auf Grund des zufälligen Wohnsitzes des auf der Reichsliste gewählten Herrn Abg. Lambach gemäß der Parteisatzung die Jurisdiktion zusteht, hat auf Ausschluß des Herrn Abg. Lambach aus der Partei erkannt. Infolge dieser Divergenz zwischen den Auffassungen der deutschnationalen Reichstagsfraktion und des Landesvorstandes des Landesverbandes Potsdam II lege ich hiermit mein Parteiamt innerhalb des Landesverbandes Potsdam II als Vorsitzender der Ortsgruppe Halensee nieder."

*

Aus Kreisen des Deutschen Gewerkschaftsbundes erfahren wir, daß von seiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes, bzw. des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes noch keine Schritte zum Ausschluß des Abgeordneten Lambach aus der Deutschnationalen Partei unternommen worden sind, da sich zurzeit viele der maßgebenden Mitglieder auf Urlaub befinden. Es wird darauf hingewiesen, daß beide Verbände nach wie vor geschlossen hinter Lambach stehen.

Welche Schritte unternommen werden, wird sehr wesentlich davon abhängen, wie sich der Abgeordnete Lambach zu dem Ausschluß-Beschluß verhalten wird.

Preußischer Rückzug in der Flaggenfrage

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Ka. Berlin, 25. Juli.

Nach den Entscheidungen des Staatsgerichtshofs über die rechtliche Unzulässigkeit der Preußischen Flaggennotverordnung hat jetzt das Preußische Innenministerium einen Rückzug angetreten. Im vorigen Jahre wurde bekanntlich angeordnet, daß auch die Gebäude der kommunalen Selbstverwaltungen am Verfassungstage in den Reichsfarben zu beflaggen seien. Der Preußische Innenminister gibt jetzt bekannt, daß nach der gegenwärtigen Rechtslage die kommunalen Verbände hierzu nicht mehr angehalten werden können, da ja vor allem auch das dem Reichstag vorliegende Gesetz über den Nationalfeiertag noch unerledigt sei. Der Preußische Innenminister „gestattet" deshalb den kommunalen Aufsichtsbehörden gnädigst, von Zwangsmitteln gegenüber nicht flaggenden Kommunen abzusehen. Aber — und hier steckt der Pferdefuß — die Aufsichtsbehörden werden gleichzeitig aufgefordert, die Namen der Städte, die am 11. August nicht schwarz-rot-gold flaggen, zu melden.

Freigabe deutschen Eigentums durch Portugal

(Telegraphische Meldung.)

Lissabon, 25. Juli.

Die portugiesische Regierung hat beschlossen, die deutschen Besitzungen auf den Kapverdischen Inseln und in Portugiesisch-Guinea freizugeben, nachdem bereits früher nach längeren Verhandlungen der deutsche Azorenkabel freigegeben wurde.

Reinigungskrisis

Zur Ausschließung Lambachs

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Walter Lambach, der Vorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, hatte sich in einer Kundgebung gegen das grundsätzliche Bekenntnis der Partei für die Monarchie gewandt. Er glaubte dabei feststellen zu können, daß ein großer Teil der Parteiangehörigen, allen voran die Jugend, für die überhaupt die monarchische Idee nur noch historische Erinnerung sei, seine Anschauung teilen.

Daß ein solcher Schritt die größte Erregung im Kreise der Deutschnationalen Volkspartei hervorrufen mußte, war vorauszusehen. Selbst wer Lambachs Ansichten durchaus teilte, mußte durch die Eigenmächtigkeit des Vorgehens, durch die Schärfe des Tones und das Aufreizende seines Verhaltens abgestoßen werden. Es war eine Disziplinlosigkeit! Keine Gesinnungsgemeinschaft, auch wenn in ihr starke Umgruppierungen der Ansichten vorgehen, duldet es, daß ein Mitglied vor aller Welt — auch vor den Gegnern! — seine abweichenden Ansichten hinausposaunt. So war es denn auch verständlich, daß von parteiamtswegen irgendwie gegen Lambach eingeschritten werden mußte. Der Fall wurde dem Vorstand des Landesverbandes Potsdam II, für die Lambach örtlich zuständig ist, übergeben. Naturgemäß ist es hier erst zu scharfen Meinungsverschiedenheiten gekommen. Man sagt, daß eine Gruppe um Hugenberg von Anfang an auf den Ausschluß hinarbeitete. Jedenfalls wurde das einstimmige Urteil des Ausschlusses gefällt.

Lambach kann nun noch an das zentrale Ehrengericht der Partei appellieren und soll, wie wir hören, auch diese Absicht haben. Inzwischen gehen im ganzen Reich die Ansichten unter den Angehörigen der Partei stark auseinander. Wie verlautet, haben mehrere Abgeordnete mit ihrem Austritt aus der Partei gedroht, falls das Parteigericht den Ausschluß bestätigt.

Demgegenüber muß verlangt werden, daß die Mitglieder des Gerichtes stark bleiben und ihr Urteil gerecht und nach bestem Wissen fällen. Eine Beeinflussung ist nicht von der Hand zu weisen. Denn, wie oben gezeigt wurde, haben sich bereits ein erheblicher Teil der maßgebenden Parteipresse und verschiedene prominente Parteiangehörige gegen das Urteil Potsdams gewandt.

Wir glauben, daß man, um ganz klar zu sehen, scharf zu unterscheiden hat zwischen der formellen Erledigung des Falles und der Stellungnahme zu der Auffassung Lambachs; also zur Frage, welche Bedeutung die monarchische Idee in der Partei zurzeit hat und wie sie sich künftig auswirken wird. Formell ist Lambach im Unrecht. Eine Maßregelung für sein mehr als vorwitziges Verhalten war unvermeidbar. Ebenso wäre ein offizielles Abrücken der Partei von ihm möglich gewesen. Eine, auf Weltanschauung aufgebaute Gemeinschaft sollte nicht grundsätzlich Menschen die Zugehörigkeit verwehren, die in wesentlichen Punkten von der durchschnittlichen Anschauung abweichen, vorausgesetzt, daß sie sich sonst als ehrliche, tüchtige und tätige Kampfgenossen erwiesen haben und — vom Standpunkt der betreffenden Gruppe — eine „anständige Gesinnung" an den Tag legen. Sind sie Führer eines wichtigen Teiles der Gemeinschaft, so weist schon die taktische Klugheit auf Schonung hin. Die deutschnationale Partei hat es wahrlich nicht auch noch nötig, sich die Arbeitnehmerkreise unter ihren Mitgliedern — wieviel Prozent sind denn nicht Arbeitnehmer? — zu verfeinden, oder ihnen zum mindesten die Freudigkeit der Mitarbeit zu verderben.

Daß die monarchische Frage heute nicht im Vordergrund der Interessen steht, ist schon tausendfach wiederholt worden, und wer das nicht anerkennt, läßt jeden realpolitischen Sinn vermissen. Daß trotzdem die Mehrzahl der deutschnationalen Wähler, wenn nicht alle, Anhänger einer persönlich gebundenen Staatsleitung sind, ist nicht zu bezweifeln. Auch Lambach scheint dazu zu gehören. Der durchaus friedlich eingestellte Deutsche ist nicht für die Unruhe des fortwährenden Kampfes um Macht und Recht geschaffen, wie es die republikanische Staatsform nun einmal mit sich bringt. Auf dieser Basis, so glauben wir, hätte leicht eine Verständigung und Aussöhnung gefunden werden können. Wir glauben übrigens, daß dieser Gedanke in den Linksparteien mehr Anhänger hat, als sich äußerlich zeigt. —

Die Deutschnationale Volkspartei befindet sich gegenwärtig in einer Reinigungskrisis. Sie muß das Bestreben haben, diejenigen Elemente auszustoßen, die gleich Fremdkörpern in ihrem Fleische stecken. Es sind dies diejenigen Leute, für die Monarchismus keine Idee des Volkswohles ist, sondern die nur aus ganz persönlichen egoistischen Gründen eine Restauration von Königshäusern wünschen. In unserer Zeit gewaltigster politischer und wirtschaftlicher Strukturveränderungen darf in der Partei kein Platz mehr für diese Richtung sein. Sie meint es mit unserem Volke nicht gut und verhindert die Partei an der Verfolgung ihrer großen Ziele. Gelingt der Partei diese Reinigung schnell und ohne großen Prestigeverlust, so wird sie das werden, was sie sich nennt: eine nationale Partei des deutschen Volkes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192807261-15/fragment/page=0001

Neue Amerika-Note an China

Und die Wirkung auf Japan?

(Telegraphische Meldung.)

New York, 25. Juli.

Wie aus Washington gemeldet wird, ist dort durch Staatssekretär Kellogg die Fertigstellung einer neuen Note an die Nanking-Regierung erfolgt. Die Note, die noch nicht veröffentlicht worden ist, beschäftigt sich mit der Einstellung Amerikas zu den Verträgen mit der südchinesischen Regierung, insbesondere zu den Exterritorialitäts- und Zollverträgen. Wie verlautet, soll in der Note die Bereitwilligkeit Amerikas ausgesprochen sein, neue Verhandlungen über die Durchsicht der bisherigen Verträge aufzunehmen. Ob schon in dieser Note die de jure-Anerkennung der Nanking-Regierung erwähnt ist, bleibt bis zur Veröffentlichung derselben abzuwarten.

Wie weiter aus Nanking gemeldet wird, hat nach den Verhandlungen zwischen Außenminister Wang und dem amerikanischen Generalkonsul die Nanking-Regierung beschlossen, das amerikanisch-chinesische Abkommen noch nicht zu kündigen. Desgleichen soll die Kündigung des chinesisch-amerikanischen Handelsvertrages verschoben werden, da die Verhandlungen zwischen Dr. Wu und Kellogg in Washington noch nicht abgeschlossen sind. Die Nanking-Regierung erklärt amtlich, daß Amerika ihr in den Verhandlungen entgegenkomme und daß sie Amerika gegenüber zu Kompromissen bereit sei. Amerika werde voraussichtlich schon in der nächsten Zeit die Nanking-Regierung de facto anerkennen. Dr. Wu hat den Auftrag, die chinesische Botschaft in Washington zu übernehmen und Dr. Tsche zu ersetzen, der von seinem Posten zurücktritt.

Vor einem Eingreifen Amerikas in Panama?

(Telegraphische Meldung.)

London, 25. Juli.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald" ist der Ansicht, daß in Kürze mit einem Eingreifen der Vereinigten Staaten in Panama zu rechnen sei. Die Führer der Oppositionspartei Porrista hätten bei den amerikanischen Behörden um Ueberwachung der Präsidentenwahl gebeten, wie dies in Nikaragua der Fall gewesen sei. Die Panama-Regierung habe daraufhin 116 Porrista-Anhänger verhaftet.

In einer Führer-Versammlung der Porrista-Partei sei darauf beschlossen worden, die Vereinigten Staaten um einen Schritt wegen dieser Verhaftungen zu bitten. In Washington sei man über die Gewährung weitgehender Konzessionen an britische Interessenten stark besorgt und betrachte dies als eine Beeinträchtigung der amerikanischen Kontrolle über Panama. Ein Sturz der gegenwärtigen Regierung und die Einsetzung eines den amerikanischen Wünschen gefügigeren Präsidenten finde daher im amerikanischen Staatsdepartement beträchtlichen Anklang.

Englischer Druck auf Litauen

(Telegraphische Meldung.)

London, 25. Juli.

Außenminister Chamberlain erklärte Mittwoch nachmittag auf eine Anfrage im Unterhause, der britische Gesandte in Riga sei angewiesen worden, dem litauischen Außenminister gegenüber nachdrücklichst zu betonen, es sei wünschenswert, daß Litauen den Empfehlungen des Völkerbundsrates bezüglich der polnisch-litauischen Streitfälle stattgebe. Wie er unterrichtet sei, wären ähnliche Vorstellungen erfolgt oder würden noch erfolgen durch die Gesandten Frankreichs und Deutschlands. Der britische Gesandte in Riga habe bisher noch nicht Bericht erstattet.

*

Die Aeußerung Chamberlains bezüglich Deutschlands steht im Gegensatz zu den bisher von zuständiger Stelle über das Verhalten Deutschlands im polnisch-litauischen Streit gegebenen Aufklärungen. Man wird somit abwarten müssen, inwieweit die Mitteilung Chamberlains über die Beteiligung Deutschlands an diesem Schritt zutrifft.

Wirtschaftsverständigung zwischen Polen und Danzig

(Tel.-graphische Meldung.)

Danzig, 25. Juli.

Der Senat der Freien Stadt Danzig gab zu Ehren des in Danzig weilenden Präsidenten der polnischen Landeswirtschaftsbank, Gorecki, ein Bankett, an dem außer dem Präsidenten Gorecki der stellvertretende Danziger Senatspräsident Gehl, zahlreiche Danziger Senatoren, der Danziger Völkerbundskommissar van Hamel, der polnische diplomatische Vertreter in Danzig, Minister Straßburger, usw. teilnahmen. Im Verlaufe des Essens hielt der Senatspräsident Gehl eine Ansprache, die gewissermaßen eine Antwort auf die Versöhnungsrede des Präsidenten Gorecki darstellte, die dieser am vorigen Freitag bei einem Essen bei Minister Straßburger gehalten hatte.

Präsident Gehl betonte, daß der Danziger Senat die Verständigungsbereitschaft Polens begrüße. Es müsse der Grundsatz „Weniger Politik in Wirtschaftsfragen" zur Geltung kommen. Danzig sehe täglich die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung Polens und sei bereit, alle möglichen Opfer zu bringen, um den Danziger Hafen so leistungsfähig zu erhalten, daß er den höchsten Ansprüchen genüge. Man hoffe, daß die schwebenden Verhandlungen um eine teilweise Freigabe der Westerplatte für Handelszwecke schon recht bald erfolgreich sein werde. Der Redner sprach die Bitte an den Präsidenten Gorecki aus, mit seinem großen Einfluß dahin zu helfen, daß jede bewußte Ausschaltung der Danziger Wirtschaft vermieden werde, und daß Danzig in Polen dieselbe Betätigungsmöglichkeit finde, wie Danzig den polnischen Staatsangehörigen bietet. Der Redner dankte dann dem Präsidenten Gorecki, daß er so offen das Problem Danzig-Gdingen angeschnitten habe, das durch die Verhandlung in der polnischen Presse so schwere Sorge in Danzig ausgelöst habe.

Präsident Dr. Gorecki betonte, es sei ein günstiges Symptom, an dieser Stelle den Willen zu friedlicher wirtschaftlicher Arbeit vernommen zu haben. Er werde sich bemühen, daß die heutige Zusammenkunft ihren wohltuenden Einfluß behalte, zumal er seine Ansicht über die Notwendigkeit einer solchen Zusammenarbeit in Danzig bestätigt gefunden habe. Er freue sich, in den Worten des Senatspräsidenten einen nicht unbegründeten Optimismus über die Entwicklung dieser Danzig-polnischen Zusammenarbeit gefunden zu haben. Er sei fest überzeugt, daß die offene Erklärung des Präsidenten Gehl ungeteilten Beifall in den Wirtschaftskreisen Polens finden werde.

Kellogg fährt nach Paris

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 25. Juli.

Wie aus Washington gemeldet wird, ist Staatssekretär Kellogg von Briand eingeladen worden, Ende August nach Paris zu kommen, um an der Unterzeichnung des Kriegsächtungsvertrages als offizieller Vertreter der Vereinigten Staaten teilzunehmen. Kellogg wird noch diese Woche die Annahme dieser Einladung bekanntgeben und sich Mitte August in Newyork nach Paris einschiffen.

Großes Straßenbahnunglück in Aachen

Zwei Schwerverletzte, elf Leichtverletzte.

(Telegraphische Meldung.)

Aachen, 25. Juli.

Mittwoch vormittag ereignete sich in Aachen-Rothe Erde ein schweres Straßenbahnunglück. Ein Straßenbahnwagen der Linie 18 mit zwei Anhängern geriet am Ausgang der abschüssigen Straße, wo die Eisenbahnunterführung am Ende in einer scharfen Linkskurve weiterläuft, aus den Geleise und fuhr gegen ein Haus in der Rottstraße. Der mit 22 Personen besetzte Straßenbahnwagen stürzte um und wurde stark beschädigt. Sämtliche Scheiben sowohl im Triebwagen wie in den Anhängern wurden zertrümmert. Die sofort alarmierte Feuerwehr holte aus den gestürzten Wagen die Fahrgäste heraus und brachte dreizehn Verletzte, darunter zwei Schwerverletzte, in die Krankenhäuser.

Die Einsturzkatastrophe in Weimar

Eine polizeiliche Untersuchung im Gange — Panik unter den Telephonistinnen

(Telegraphische Meldung.)

Weimar, 25. Juli.

Wie bereits kurz mitgeteilt wurde, ereignete sich heute vormittag kurz nach 10 Uhr im hiesigen Hauptpostamt ein schweres Unglück. Die Decke des großen Saales des Fernsprechamts, in dem sich eine größere Anzahl von Personen, darunter 25 Frauen und Mädchen, befand, ist aus bisher unbekannter Ursache eingestürzt und hat das im Saal befindliche Personal unter sich begraben. Ein Telegraphensekretär wurde sofort getötet, drei Telephonistinnen wurden verletzt, die anderen sind wie durch ein Wunder unversehrt geblieben. Der Fernsprechverkehr mit Weimar ist vollkommen unterbunden, und es ist zunächst auch noch gar nicht abzusehen, wann er wieder wird aufgenommen werden können.

Bei der heruntergestürzten Decke handelt es sich um einen Gipsplafond, über dem sich eine Art Hängeboden befand. Der Gipsbau war durch starke Drähte am Dach befestigt gewesen. Heute morgen haben Maler, die die Bodenfenster ausbessern sollten, den Hängeboden betreten und gleich darauf hat sich das Unglück ereignet. Wenn auch die eigentliche Ursache des Vorfalles und die Schuldfrage noch keineswegs geklärt erscheinen, so kann doch angenommen werden, daß die Decke die Belastung nicht ausgehalten hat. Mit ungeheurem Getöse brach sie zusammen, verwandelte den Fernsprechsaal in einen einzigen Trümmerhaufen und überschüttete die Anwesenden mit Schutt und Mauerwerk. Infolge des Staubes, der den ganzen Saal erfüllte, war zunächst mehrere Minuten hindurch überhaupt nicht zu sehen, was geschehen war. Unter den Fernsprechdamen war eine ungeheure Panik ausgebrochen. Schreie und Hilferufe ertönten von allen Seiten, so daß man im ersten Augenblick an eine furchtbare Katastrophe denken mußte.

Erst später stellte sich heraus, daß sich der größte Teil der Gipsdecke wellenförmig über die Klappenschränke gelegt hat, an denen die Beamtinnen arbeiteten, und, zusammengehalten durch das Drahtgerippe, in einem Stück geblieben war. Dadurch sind die Telephonistinnen zwar eingeschlossen worden, doch blieben ihnen zum größten Teil erhebliche Verletzungen erspart. Der Telegraphenobersekretär Wolf hingegen, der an einem Schreibtisch gearbeitet hatte, wurde durch die niederlaufende Decke erschlagen. Es ist ihm anscheinend das Genick gebrochen worden.

Die erste Hilfe wurde von dem Postpersonal geleistet, das von allen Seiten heraneilte, um die Begrabenen aus den Trümmern zu befreien. Dann kam die Feuerwehr und durchsuchte den Trümmerhaufen. Die Polizei hat sofort eine Untersuchung eingeleitet, an der sich auch Beamte der Postdirektion beteiligen.

Feuilleton

Halle, 26. Juli.

Das Badeleben des 15. Jahrhunderts

„Jn's Wildbad will er reiten,
Wo heiß ein Quell entspringt,
Der Sieche heilt und kräftigt,
Der Greise wieder jüngt."

Von doppeltem Interesse ist uns heute Uhlands „Ueberfall im Wildbad", denn neben dem Lob, das er dem alten Rauschebart und seinen treuen Landeskindern zollt, bringt er uns eine der wenigen Kunden von einem mittelalterlichen fürstlichen Badebesuch. Freilich war der Badebetrieb damals trotz des hohen Gutes recht einfach, die Quelle noch nicht gefaßt, der Badende allen Ueberfällen ausgesetzt. Erst als der alte Graf, durch sein eigenes Mißgeschick gewitzigt, das Wildbad mit Mauern schützen ließ, gewann es etwas an Bedeutung und erhielt Zuspruch aus den Kreisen von Ritterschaft und Bürgertum. Doch auch dann noch entwickelte sich im Wildbad so wenig wie anderswo im Reich ein regelrechter Badebetrieb.

Erst vierzig Jahre später treffen wir in Baden bei Zürich, dem alten Aqua Helvetiae, ein richtiges Modebad mit einem ausgesprochenen, fast internationalen Badeleben. Das Neuaufblühen des Ortes nach beinahe tausendjährigem Dornröschenschlaf war nicht zum mindesten dem Konzil zu verdanken, das im nahen Konstanz vier Jahre lang tagte. Tausende von Geistlichen und Juristen, hunderttausend fremde Gäste strömten dort zusammen. Die Langeweile der endlosen Debatten plagte die gelehrten Herren, und nicht wenige benutzten den ausgedehnten Aufenthalt, um sich in Baden die Zeit zu vertreiben.

So ist es auch ein Besucher des Konzils, der Florentiner Gelehrte Poggio Bracciolini, dem wir eine recht anschauliche Schilderung des Lebens im damaligen Weltbad verdanken. Vergnügen und Lebensfreude verliehen dem Ort ihr Gepräge. Gasthäuser in stattlicher Zahl sorgten für Wohl und Unterhaltung ihrer Gäste. Sie besaßen private Badehäuser, die für damalige Begriffe luxuriös eingerichtet waren. Eine Holzwand trennte in den großen Wasserbecken die Geschlechter; da aber Herren und Damen während der meist zehnstündigen Badezeit nicht auf gegenseitige Unterhaltung verzichten wollten, so waren breite Fenster eingelassen, durch die gesprochen und einander zugetrunken werden konnte. Das Pokulieren gehörte zu jedem Bade. Da außerdem der lange Aufenthalt im Wasser am Körper zehrte, so wurde es zur Sitte, im Badebecken an einem gut gedeckten schwimmenden Tisch zu sitzen und den Gewichtsverlust gehörig wieder auszugleichen. Die Herren durften den Damen beim Mahl Gesellschaft leisten.

Rund über dem Wasserbecken waren Galerien angebracht, von denen aus jeder, der Lust hatte, dem zwanglosen Leben und Treiben zusehen durfte. So dienten diese hoch gelegenen Gänge dem gleichen Zweck wie die heutigen Kurpromenaden, und das Konzert der Kurkapelle wurde durch den gemeinsamen Sang der Badenden ersetzt.

Die moderne Atlantik-City glaubt für sich den ihr neidlos gegönnten Ruhm beanspruchen zu können, die Welt mit den Badeschönheiten-Konkurrenzen beglückt zu haben. Baden hat aber schon vor mehr als fünfhundert Jahren einen ähnlichen Brauch gekannt. Es war dort Sitte, daß die weibliche Jugend in losen Hemden badete. Die jungen Herren auf der Galerie wurden nun zu sachverständigen Preisrichtern und warfen derjenigen Najade, die sie für die schönste hielten, Geldgeschenke und Blumenkränze zu. Wie bei den heutigen Schönheitskonkurrenzen fehlte es auch damals nicht an Mißgunst und Meinungsverschiedenheiten, und die jungen Damen stritten sich nicht selten zur Heiterkeit der Zuschauer handgreiflich um den Preis. Trotzdem rühmt Bracciolini den Anstand, den die Badenden wahrten und der jede Unschicklichkeit ausschloß.

Auch der Sport wurde damals in Baden fleißig betrieben, und unsere heutigen Tennisplätze hatten ihren Vorläufer in der großen Wiese an der Aar, wo die Badegäste nach dem Abendessen zusammenströmten, um dem Ballspiel zu huldigen. Die Tanzbegeisterten kamen ebenfalls täglich auf ihre Rechnung und drehten sich zum Klang der Fiedeln, Zithern und Pfeifen. Wie sehr der brave Bracciolini sich den Freuden des Badeaufenthaltes widmete, beweist er allein dadurch, daß er nach Aufführung aller Lustbarkeiten nur wenige Worte findet, um die Heilwirkung der Bäder zu rühmen.

Der Aufenthalt im Bad war verhältnismäßig billig. So berichtet ein geistlicher Herr, er habe für die vier Wochen, die er mit Diener und Magd in Baden zubrachte, nur zehn Goldgulden (dem heutigen Geldwert entsprechend etwa 600 Mark) ausgegeben und dabei ausgezeichnet gelebt. Trotz dieser geringen Kosten konnten sich nur wenige einen Badeaufenthalt gestatten, verlangte doch die langwierige Reise außerordentliche Ausgaben. Deshalb mag es auch zur Sitte geworden sein, den in das Bad Reisenden durch Geschenke, wie Pferde, Ausrüstung, Wein und Proviant, einen Zuschuß zu den Kosten der Fahrt zu spenden. So beschenkte die Stadt ihren in das ferne Bad reisenden Bürgermeister, die Gemeinde ihren gichtigen Pfarrherrn, die Zunft ihren erholungsbedürftigen Obermeister. Dafür mußten die Beschenkten nach ihrer Heimkehr den Spendern über alles Gesehene Bericht abstatten. Da aber schon unsere Vorfahren ungern mit trockenen Kehlen am Tisch saßen, so wurde aus dem Reisebericht stets ein reichlicher Abendtrunk, der oft den Vorteil der Geschenke wieder ausglich.

So war damals im Gegensatz zu heute eine Badereise ein Vorrecht der Wohlhabenden, ein Modeluxus, den sich besonders die Damen gern leisteten. Den armen Ehemännern, denen die Sorge für die Kosten der Fahrt überlassen blieb, entrang sich mancher Seufzer ob der Wünsche ihrer „erholungsbedürftigen" Gattinnen. Einen hiervon hat uns Thomas Murner in seiner „Gäuchmatt" überliefert:

„Im Mai, da fahren wir gen Baden.
Lug, daß der Säckel sei geladen!
Denn das Bad ist solcher Art:
Wer mit Weibern dazu fährt
Und bringt nicht Pfennigwert da mit,
So wirkt bei ihm das Bad doch nit;
Denn sein natürlich Wirkung tut,
Daß du verdauest selbst Geld und Gut."

Wer die Kosten einer Badereise scheute oder nicht erschwingen konnte, dem standen in seiner Heimatstadt die Badestuben zur Verfügung. Diese erfreuten sich großer Beliebtheit und boten dem Besucher Wannen- und Dampfbäder. Besonders vor den Festtagen wurden sie stark besucht. Die Bürger und Handwerker konnten sich dort nicht nur gründlich reinigen lassen, sondern sie wurden auch zur Ader gelassen, geschoren und rasiert. Manche Stadt besaß erstaunlich viele Badestuben; so sollen in Wien dreißig, in Ulm sogar hundertsechzig Bäder bestanden haben. Mit dem Beginn des 16. Jahrhunderts verloren die Badestuben und gleichzeitig auch die Badeorte sehr an Beliebtheit, denn die Furcht vor Ansteckung durch die neu auftauchende „Franzosenkrankheit" verscheuchte die Gäste. Die Besitzer mußten ihre Betriebe schließen, die Badeorte vereinsamten, und bis zur Errichtung neuzeitlicher Badeanstalten blieb die Zunft der „Bader", wie noch heute in Süddeutschland die ländlichen Haarkünstler genannt werden, die einzige Erinnerung an mittelalterliches Badeleben.

Herbert Hünecke-München.

Jubiläums-Ausstellung für Wohnungswesen in Hannover. Für beste Leistungen auf der Anfang August beginnenden Jubiläums-Ausstellung hat die Stadt Hannover, um das Interesse zu fördern, einen Ehrenpreis sowie goldene, silberne und bronzene Medaillen gestiftet. Der geschäftsführende Ausschuß wird sich auf der nächsten Sitzung mit der Wahl eines Preisrichter-Kollegiums befassen, das sich aus maßgebenden und prominenten Herren des Baufaches und seiner Nebengewerbe zusammensetzen wird.

„Grüne Bühne", Harzer Bergtheater. Auf Wunsch vieler Besucher ist am Freitag, dem 27. Juli, eine Abänderung des Spielplanes nötig geworden. Es werden statt „Amphitryon" „Die beiden Veronesser" gespielt. Gleichzeitig sei darauf aufmerksam gemacht, daß von der Stadt Thale eine Autoaufzug direkt zum Bergtheater durch das Steinbachtal freigegeben worden ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192807261-15/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 26. Juli.

Zu hohe Lasten durch unsere Wohlfahrtsarbeit

Rechtzeitige Hilfe erspart unnützen Kostenaufwand.

Allenthalben hört man über die gewaltige Zunahme der Wohlfahrtskosten klagen, und Kommunen, Kreise und Provinzialverwaltungen sinnen wegen ihrer Verminderung nach. Es handelt sich dabei um die Fürsorge für Krüppel, Schwachsinnige, Fallsüchtige, Lupöse und Siesche, zu deren Besten in den letzten Jahren umfassende Gesetze erlassen worden sind. Man beginnt auch zu sparen und scheidet alle Fälle aus, die noch vor der Familie getragen werden können und greift erst dann ein, wenn der Kranke im Kreise der Seinen zur unerträglichen Last wird. Damit wird die beste Zeit der Hilfe verpaßt, die bei frischen Fällen in wenigen Monaten Erfolge ausrichtet, als später in ebensoviel Jahren erzielt werden kann.

Bei den Maßnahmen bildet ein großes Hindernis elterlicher Unverstand oder übergärtliche Affenliebe. In falscher Scheu vor den Anstalten verweigern die Eltern oft die Ueberführung kranker Kinder an diese Stelle oder sie reißen eigensinnig aus der besten Behandlung. Manche Eltern lassen für ihre kranken Kinder die seltsamsten Kuren anwenden. Man gibt den Patienten verschiedenartige Mixturen ein, oder man durch alberne Zaubersprüche wirksam macht. Das größte Elend entsteht durch die tief eingewurzelten Volksvorurteile. Es sollte jeder Mensch wissen, daß geschlechtskranke Eltern Sehtraft und Gehör der von ihnen erzeugten Kinder verbrechen und bei ihnen die Anlagen zu Knochenerweichungen und Mißbildungen fördern. Auch der Alkohol ist ein Gegner gesunder Kinder.

Soll es anders und besser werden, so gilt es vor allem, die vorhandenen Gesetze straffer anzuwenden. Zur Ausführung des Wohlfahrtsdienstes sollen nur solche berufen werden, die alle Kraft und Liebe für ihre hohe Aufgabe einsetzen. Wird die Rettungsarbeit richtig durchgeführt, dann werden sich bald die hohen Fürsorgelasten mindern; der geringere Aufwand wird bessere Frucht tragen, und die Zahl der lebensfrohen Menschen wird sich mehren.

Ein alter Kampfflieger zur letzten Ruhe bestattet

Die feierliche Beisetzung auf dem Stadtgottesacker.

Gestern um die Mittagstunde zog ein Flugzeug über der Stadt Halle seine Kreise. Enger und enger wurden sie, bis der Flieger mit lang nachschleppendem Trauerflor unmittelbar über dem Stadtgottesacker seine Runden flog, Ehrenbanden für einen verstorbenen Kameraden der alten ruhmreichen Luftwaffe.

In Altenburg in Thüringen verstarb nach langen qualvollen Leiden der, den man jetzt zu Grabe trug, der Major a. D. Werner Taeufert, ein alter Kriegsflieger. Aber in Halle, dem Stammsitz der Familie, auf dem althalleschen Stadtgottesacker, wurde er begraben.

Von der Kapelle bis zur Grabstätte gaben viele dem toten Freunde und Kameraden, dem deutschen Manne und Kämpfer, das letzte Geleit. Halloren trugen den Sarg, den Pickelhaube und Säbel des Verstorbenen schmückten, ein Halloren trug das Ordenskissen mit blinkendem Schmuck seines verdienstvollen Soldatenlebens voraus. Soldaten folgten dem Sarge, Offiziere in voller Uniform, Fliegerkameraden mit Sturzhelm und Ledermontierung, Kriegervereine mit ihren Fahnen.

Und die Fahnen senkten sich zum letzten ehrfürchtigen Gruße, nachdem Professor D. Lang seine Gedächtnisansprache beendet hatte. Glocken dröhnten über der Stadt, und in ihren machtvollen Sang von Menschennot und Menschentod klang wehmutsvoll die alte Weise hinein: „Ich hatt' einen Kameraden ...“

Zwei neue Privatdozenten

In der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät.

In der Aula der Universität wird morgen, am Freitag, um 12 Uhr Dr. rer. pol. Horst Jecht zum Zwecke der Habilitation als Privatdozent für Theoretische Nationalökonomie, Geschichte der Nationalökonomie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Finanzwissenschaft in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg seine Antrittsvorlesung über „Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie“ halten, zu der der Dekan, Prof. Dr. Wilfinger in der üblichen akademischen Form einlädt. Schon am Dienstag erfolgte in der juristischen Fakultät eine weitere Habilitation; der Diplom-Kaufmann Dr. Kurt Schmalz hielt zum Zwecke der Habilitation als Privatdozent für Betriebswirtschaftslehre seine Antrittsvorlesung über „Entwicklung und Aufbau der Betriebswirtschaftslehre“.

— **Eine Gedenkfeier für Hermann Abert.** Morgen Freitag, findet um 6¼ Uhr pünktlich im Auditorium Maximum der Universität eine Gedenkfeier für den im vorigen Jahre verstorbenen Berliner Ordinarius für Musikwissenschaft Hermann Abert statt. Der Verstorbene lehrte und wirkte vor seiner Berufung nach Berlin von 1902—1920 in Halle, das ihn stets in ehrender Erinnerung behielt.

— **Widerstand gegen die Staatsgewalt.** Gestern nachmittag wurde das Ueberfallkommando nach einem Lokal in der Straße Kl. Sandberg gerufen. Dort hatte ein stark angetrunkener Mann Gäste belästigt und das Lokal trotz Aufforderung des Wirtes nicht verlassen. Als ein Polizeibeamter den Mann aus dem Lokal entfernen wollte, leistete er heftigen Widerstand. Der Mann wurde durch das Ueberfallkommando dem Polizeirevier zugeführt.

Wohin gehe ich heute?

Walhalla: „Im Fluge um die Welt“ (8).

C. T. am Riebeckplatz: „Fräulein Chauffeur“ (4, 6.10, 8.15).

C. T. Gr. Ulrichstraße: „Das Karussell des Todes“ (4, 6.10, 8.15).

Ufa Alte Promenade: „Du sollst nicht stehlen!“ (4, 6.15, 8.20).

Ufa Leipziger Straße: „Im siebenten Himmel“ (4, 6.15, 8.20).

Schauburg: „Die gekrönte Kurtisane“ (4.30, 6.30, 8.30).

Ufaborned Theater: Täglich Tanz mit Telephon (8).

Wer nie unnütz prozessiert, spart viel Geld und Verdruß!

Ein Arbeitstag des Einzelrichters für Zivilsachen — Teure Prozesse um Kleinigkeiten — Schlechte Prozeßvorbereitung sehr zeitraubend für Gericht und Parteien

Pünktlich um 8 Uhr früh hat der Einzelrichter für Zivilsachen im Sitzungssaal des halleschen Amtsgerichts auf dem reich geschnitzten Stuhl des Vorsitzenden Platz genommen. Vor ihm liegen

80 bis 100 Aktenstücke

in vier bis fünf mehr oder weniger hohen Haufen aufgestapelt. An einem großen Nebentisch haben die zwar nicht bezahlten, aber desto berufsfreudigeren Referendare ihre Protokolle ausgebreitet und harren mit gezückten Federn den kommenden Verhandlungen.

Die Tür öffnet sich und herein strömen die Kläger und Beklagten; denn der Justizwachtmeister hat die Namen der Kampflustigen aufgerufen. Sie drängen sich um den Verhandlungstisch, und sowie sie ihren Gegner erspäht haben, melden sie mit auf Endkampf gespanntem Gesicht: „Die Sache X—Y ist zusammen!“ Im Augenblick hat der Richter die „Sache“ aus dem „Haufen“, dem bedrohlich hohen Aktenstoß vor sich, herausgefunden, und die Verhandlung kann beginnen.

Der Kläger bringt nun sein Klagebegehren vor und der Beklagte bestreitet in den meisten Fällen. Nur in den wenigsten Fällen kann der angestrengte Prozeß in einer Verhandlung zu Ende geführt werden; sehr häufig liegt es daran, daß die Parteien ihren

Prozeß nicht genügend vorbereitet

haben. Wie oft kommt es vor, daß sie wichtige Schriftstücke, die zum Beweise ihrer Behauptungen nötig sind, nicht mitgebracht haben. Die betreffende Partei mußte dann mit mißmutigen Gesichtern abziehen, da die Sache vertagt wird. Durch richtige Vorbereitung kann also gerade in dieser Hinsicht viel Zeit erspart werden. Und diese Zeitersparnis liegt nicht nur im Interesse der Bedrohten, sondern auch in dem des Gerichts; denn auch der Richter muß zu jedem Termin den Prozeß durcharbeiten und zwar derart, daß er bei einem kurzen Einblick in die Akten die wesentlichsten Punkte wieder im Gedächtnis hat; und ausdrücklich sei bezeugt, daß eine derartige Vorbereitung für mindestens 80 Einzelprozesse für einen einzigen Verhandlungstag keine Kleinigkeit ist.

Die richtige Vorbereitung eines Prozesses erspart also nicht nur Zeitversäumnis und Verdruß unter den Parteien, sondern entlastet auch das Gericht.

Betrachtet man nun die Streitobjekte, die vor dem halleschen Einzelrichter eine Rolle spielen, so kann man sich mitunter eines Lächelns nicht erwehren.

Beträge unter 20 und sogar unter 10 Mark

werden vor dem Gericht der „Großstadt“ Halle verhältnismäßig viel eingeklagt. Das erstrebte Ziel steht in diesen Fällen in einem großen Mißverhältnis zu der aufgewandten Zeit und den Geldkosten.

Damit soll selbstverständlich nicht gesagt werden, daß geringe Beträge niemals eingeklagt werden sollen. Es gibt Fälle, in denen eine solche Klage nicht vermieden werden kann. Eine Klage um Lappalien soll aber nur dann angestrengt werden, wenn alle außergerichtlichen Mittel versagt haben. Liegt der Fall zweifelhaft, so ist eine außergerichtliche Einigung, d. h. ein Entgegenkommen des Gläubigers und Schuldners am Platze.

Weiß der Schuldner, daß er zur Leistung verpflichtet ist, so soll er seine Verpflichtung anerkennen und versuchen, den Gläubiger zur Stundung zu bewegen. In den meisten Fällen wird dieser sich auch dazu bereit erklären, vor allem, wenn der Gegner sich wirklich in wirtschaftlicher Notlage befindet. Auf der anderen Seite muß der Schuldner dann aber auch die vereinbarten Teilbeträge zur Tilgung seiner Schuld pünktlich zahlen. Der Gläubiger sei schließlich darauf bedacht, daß er seine

Forderungen nicht übersponnt.

Er soll sich z. B. davor hüten prozentual zu hohe Vorzugszinsen zu fordern, und er soll keine Schadenersatzansprüche geltend machen, die nur teilweise und nicht in der angegebenen Weise oder sogar überhaupt nicht begründet sind. Derartige überspannte Forderungen führen, wenn sie außergerichtlich geltend gemacht worden, nicht nur zu einer Schuldneropposition, sondern auch zu einer furchtbaren Verfeindung mit dem Schuldner, und bei schließlicher gerichtlicher Geltendmachung zu einer Klageabweisung.

Praktischer Gerechtigkeitssinn und tatsächliches Entgegenkommen vermeiden viele Prozesse. Auch auf diese Weise kann Zeit und Verdruß erspart und eine Entlastung der Gerichte herbeigeführt werden.

Um 1 Uhr mittags geht der Termintag seinem Ende entgegen. Um diese Zeit, wenn der Verhandlungssaal im großen und ganzen von den vielen Parteien geräumt ist, finden die Ehesühnetermine statt; vor jeder Ehescheidung nämlich, die an sich beim Landgericht durchgefochten wird, muß ein Sühnetermin vor dem Amtsgericht stattfinden.

Mit verbitterten Mienen treten die Ehegatten vor den Tisch der Gerechtigkeit. Wie oft werden

kleinste Mißhelligkeiten als „Ehescheidungsgründe“

angeführt. So sehr belustigend diese Dinge auf der einen Seite wirken können, so erschreckend sind sie auf der anderen Seite. In gütiger Weise, mitunter mit wahrer Langmesgeduld, versucht der Richter die „Feinde“ zu versöhnen. — Vergeblich! Selbst die Belehrung durch den Richter, daß die vorgebrachten Tatsachen zu einer Scheidung nicht genügen, hilft in den wenigsten Fällen. Das traurige Ergebnis ist da, der Sühnetermin war erfolglos; die Sache wird an das Landgericht verwiesen, und es wird nun in den meisten Fällen zur Scheidung dieser Ehen kommen. Mitunter verlassen die verfeindeten Gatten stolz erhobenen Hauptes die Gerichtsstätte; sie fühlen sich schon „ganz geschieden“! Für sie gilt das oben Gesagte in noch viel größerem Maße:

Tatsächliches Entgegenkommen vermeidet Prozesse und Verdruß, und dieser sollte gerade Ehegatten, Menschen also, die sich gegenseitig zu Lebenskameraden erwählt haben, nicht schwer fallen.

Die Sitzung ist beendet. Die Aktenbündel wandern zurück in die Geschäftsstelle des Gerichts, um weiter bearbeitet zu werden. Die Aktenstücke, mit denen man heute zu tun hatte, werden — leider! — wohl alle weiter anschwellen, umfangreicher und umfangreicher werden, bis sie endlich zur Ruhe kommen. J.

Der Davispokal 1928

Von Australiens Niederlage bis Tildens Disqualifikation

Nichts vermag die Tennieswelt mehr zu fesseln als die alljährlichen Kämpfe um den Davispokal, der ja auch, das muß gesagt werden, von einem ganz eigenartigen Zauber umwoben ist. Keine Sportart auf der Welt hat eine ähnliche Einrichtung, die eine derartige Zugkraft auf fast alle Nationen ausübt — die Olympischen Spiele ausgenommen — wie gerade Tennis. In jedem Jahre kommen die Vertreter fast aller Völker der Erde zusammen, um um die höchste Tennis-Trophäe zu kämpfen. Im Laufe der Jahre ist es soweit gekommen, daß alle Erdteile unter den Teilnehmern zu finden sind.

Ganz besonders starkes Interesse wandte sich den diesjährigen Wettkämpfen zu. Nachdem in den Jahren bis 1926 stets — was die Nachkriegszeit anbelangt — das Sternenbanner vorherrschend war, hat sich jetzt das Blatt gewendet. An Stelle der Flagge der Vereinigten Staaten flatterte im Vorjahre in Philadelphia die Trikolore am Siegesmast. Die berühmten Franzosen Lacoste, Brugnon, Cochet und Lacoste eroberten den wertvollen Pokal für ein Jahr nach Europa zurück und stehen jetzt im Begriff, ihn gegen Amerika zu verteidigen, das nun eine Wandlung vom Verteidiger zum Angreifer durchgemacht hat.

In der amerikanischen Zone stand der Sieg von U. S. A. von vornherein fest, große Gegner waren so gut wie gar nicht vorhanden, zumal Australien diesmal in der Europagone spielte. Die Australier hatten sich die Sache sicherlich ziemlich leicht gedacht, sie hatten vorgezogen, die Europazone zu bestreiten, hatten sich wohl auch der Hoffnung hingegeben, diese ohne sonderlich großen Kampf zu gewinnen, um dann im Entscheidungsspiel erst Amerika gegenüberzustehen und nicht wie sonst in der Amerikazone vielleicht gleich in der 1. Runde auszuscheiden, traten auch in der Europagone ein. Ganz überraschend mußten die Australier gegen Italien die Waffen strecken. Das 1:4 läßt klar erkennen, daß es keine Ueberrumplungsniederlage war — dem hätte eine 2:3-Niederlage vielleicht recht gegeben — sondern daß es ein ganz glattes Auspunkten gewesen war. Vielleicht ist die Spielstärke der Australier auch tatsächlich überschätzt worden. Patterson ist nicht mehr der alte und Hawkes kann ihn (in seiner Höchstform) noch längst nicht ersetzen. In den Einzelspielen jedenfalls haben die Australier nicht das gehalten, was man von ihren Siegen über Borotra und Boussus in Australien erhofft hatte. Der deutsch-australische Klubkampf Berlin—Melbourne unterstreicht dies. Selbst nach dem italienischen Sieg gab man den Italienern immer nur eine geringe Chance, weiterzukommen. Aber schließlich wurde nach einem 4:1 über Indien auch ein 4:1 über England! Und dieses England hatte vorher unsere Vertreter in Birmingham mit demselben Resultat aus dem Wege geräumt.

Deutschland hat in den Davispokalen ziemlich enttäuscht, da helfen keine Beschönigungsversuche. Der 4:1-Sieg über Griechenland mußte von Anfang an feststehen. Gegen Spanien mußte in der 2. Runde schon ziemlich „gewürgt“ werden, um die Vertreter des Landes der Kastanien mit 3:2 abzufertigen. In Birmingham wurden dann die Davispokal-Hoffnungen endgültig begraben. Regen auf Grasplätzen war der entscheidende Faktor, ohne den aus dem 1:4 vielleicht ein 4:1 geworden wäre. Hinzu kam noch, daß Froitheim sich verletzte und dann nicht mehr mitun konnte.

In der 2. Hälfte fiel einer der Favoriten ebenfalls gleich in der 1. Runde aus, das war Südafrika, das zu Schweden gar nicht erst antrat, da seine Spieler Urlaubsschwierigkeiten hatten. Holland und die Tschechoslowakei waren es schließlich, die sich hier die Entscheidung zu liefern hatten. Da Diemer Kool nicht mit von der Partie war, gelang den Tschechen ein knapper 3:2-Sieg.

Das Schlußspiel der Europagone ging also zwischen Italien und der Tschechoslowakei vor sich. Als am 2. Tage die Tschechen mit 2:1 in Führung gegangen waren, glaubten viele bereits an deren Sieg. Da gelang es Caslini, den früher so gefürchteten Macenauer zu schlagen, so daß die Entscheidung bei Morpurgo und Kozeluh lag. Die Begegnung dieser beiden Spitzenspieler endete mit einer Riesensensation, da es dem Italiener gelang, den Prager gerade zu vernichtend zu schlagen.

Morpurgo war es schließlich auch, der im Spiel gegen Amerika den Grenzpunkt für Italien retten konnte. Selbst Tildens Disqualifikation konnte den 4:1-Sieg des Sternenbanners nicht beeinträchtigen.

In der Herausforderungsrunde stehen sich also nun zum vierten Male hintereinander Frankreich und Amerika gegenüber, nur daß die Rollen der Verteidiger und Herausforderer gewechselt sind. Wenn nicht alles trügt, wird Frankreich den Pokal auf ein weiteres Jahr behalten, es sei denn, daß Tildens Disqualifikation aufgehoben wird und „Big Bill“ mit Leistungen aufwartet, wie er sie vor zwei und drei Jahren gezeigt hat. Seine jüngeren Kameraden wären in diesem Fall speziell zu jeder Ueberraschung fähig.

Kurze Sportnachrichten

Als deutscher Olympia-Teilnehmer des Vierer- o. St. Rennens in Amsterdam ist vom Olympia-Ausschuß des Deutschen Ruderverbandes, wie verlautet, der Dresdner R. V. erwählt worden, nachdem dieser das auf der Mainzer Ruderregatta gefahrene Ausscheidungs-Rennen gewonnen hat.

*

Die 4×100-Meter-Staffel in 41,7 Sekunden lief in Budapest die ungarische Olympia-Mannschaft.

*

Die slavischen Schwimm-Meisterschaften in Prag endeten im Gesamtergebnis der Länder mit dem Siege der Tschechoslowakei 277 P. vor Jugoslavien 158 P. und Polen 123 P.

*

Fußballturniere in Berlin mit auswärtiger Beteiligung veranstalten die Kickers am 4. und 5. August (Wacker-München, Viktoria-Forst, Warta-Posen) und Norden-Nordwest aus Anlaß seines 30jährigen Bestehens am 18./19. August.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Redaktionelle Leitung: Harry Erwin Weinschenk (beurlaubt).
Verantwortlich für Politik: Oskar Friedereici; für Lokales Feuilleton und Unterhaltung: i. V. Ludwig Rebe; für Volkswirtschaft: Dr. oec. publ. Leonhard Reinschling; für Sport und den allgemeinen Teil: Gustav A. Doering; für den Provinzteil: Dr. phil. Rudolf Schroth, für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred W. Kanes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192807261-15/fragment/page=0003

Landwirtschaft – Handel – Industrie

Die Grenzen des Dawesplanes

Deutschland hat bisher aus eigener Kraft überhaupt noch nichts bezahlt

Wie in jeder auf eine ungewisse Zukunft eingestellten Entwicklung stehen sich auch in der Kriegslastenfrage Optimisten und Pessimisten gegenüber. Es ist eine unverkennbare Erscheinung, daß in den letzten Jahren bei der Voraussage unserer wirtschaftlichen Zukunft fast immer die Optimisten recht bekommen haben. Hier nun folgt das Urteil eines Pessimisten. Seine Ansicht ist freilich deswegen von so großer Bedeutung, weil er uns etwa folgendes sagt: „Euch ist es ja gar nicht besser gegangen, ihr habt ja nur auf Pump gelebt, wehe wenn die Abrechnung kommt". Die Schriftleitung.

Der bekannte schwedische Nationalökonom, Prof. G. Cassel, hat in einem Artikel in dem englischen Börsenblatt „Financial News" darauf hingewiesen, daß man aus der Tatsache, daß Deutschland bisher die Zahlungsverpflichtungen hat innehalten können, allgemein folgert, daß die wirtschaftlichen Berechnungen des Dawesplanes richtig sind. Es ist verkehrt, das wirtschaftliche Aufblühen Deutschlands und die Wirtschaftskonjunktur als Erscheinungen zu betrachten, welche die weitere Durchführung des Dawesplanes garantieren. Man übersieht hierbei, daß

die deutsche Wirtschaftskonjunktur lediglich eine Vorgskonjunktur ist,

daß diese Konjunktur für das Mehr an Export zu sorgen hat; daß Verzinsung und Tilgung der Auslandsdarlehn notwendig ist, während auch hieraus der Dawesbelastung gleichgeitig ein gewaltiger Teil der Exporteinnahmen rücksichtslos weggenommen wird, ohne daß man fragt, ob er echten Ueberschuß darstellt, während gleichzeitig die Gefahr besteht, daß in einem Irrtum über die Höhe der echten Exportüberschüsse weitere Devisen im Bartransfer von der Reichsbank abgezogen werden. Deshalb darf Prof. Cassel mit Recht darauf hinweisen, daß die Ueberführung der Reparationszahlungen an die Gläubiger keinen Schwierigkeiten begegnet, solange der deutschen Wirtschaft (Staats- und Privatwirtschaft) ein so ungeheurer Strom in ausländischen Anleihemitteln zufließt: „Ergebnissen, die unter solchen Umständen gewonnen wurden, kann offenbar keine Beweiskraft in Hinsicht auf die künftige Möglichkeit der Erfüllung der Reparationsforderungen beigemessen werden. Gerade die Tatsache, daß eine beträchtlich umfangreiche Kapitaleinfuhr stattgefunden hat, deutet auf Verhältnisse, die in scharfem Gegensatz zu den Voraussetzungen stehen, auf denen der Dawesplan aufgebaut ist. Es kann unter solchen Umständen keine Rede davon sein, daß eine wirkliche Möglichkeit von Zahlungen nach dem Auslande vorhanden gewesen ist."

Mit dieser Auffassung hat Prof. Cassel zehnmal mehr Einsicht in die wirklichen Verhältnisse bewiesen als alle Dawes-Sachverständigen — und Urheber des Planes — zusammen. Nun muß man sich vergegenwärtigen, daß die deutschen Anleihen im Ausland weit größer gewesen sind, als es für die Deckung der Dawes-Forderungen nötig gewesen wäre. Der überschießende Betrag ist im großen und ganzen zu einer

Ueberschuß-Einfuhr von Waren nach Deutschland

verwendet worden, und eben diese Ueberschußeinfuhr wurde erst durch die umfangreiche Aufnahme von Auslands-Anleihen möglich gemacht, ohne von einer Ausfuhrsteigerung auf der anderen Seite entsprechend kompensiert zu werden.

Auch mit dem wichtigsten Problem des Dawesplanes, dem Transferproblem, steht es nicht anders. Es ist durchaus richtig, wenn der Präsident der Bank von England kürzlich in einem maßgebenden englischen Finanzblatt ausführte: „Vorläufig liegen die Dinge so, daß die bisherigen Transferierungen durch die Zuführung von Auslandskapital nach Deutschland, und nur durch sie, ermöglicht worden sind, daß aber der Reparationsagent sich gegen eine Fortführung der deutschen Kapitalaufnahme im Auslande, wenigstens in dem bisherigen Ausmaß und Tempo wendet, weil er der Auffassung ist, daß durch eine zu starke Vorbelastung der zukünftigen deutschen Zahlungsbilanz durch den Zinstransfer dieser Auslandsanleihen der spätere Reparationstransfer gefährdet wird."

Ein anderer internationaler Sachverständiger, der französische Finanzminister, weist in einer französischen Finanzzeitschrift darauf hin, daß die in Deutschland drohende Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nur in den Berichten des Reparationsagenten verzeichnet ist, sondern sich durch verschiedene Tatsachen ausdrückt, deren Bedeutung den Spezialisten nicht entgehen wird: in der Zunahme der Investierungen, der Immobilisierungen und der Emissionen, der Preishausse usw.

Prof. von Beckerath beantwortet die Frage nach der Lage dahin: „Die Dinge liegen einfach so, daß Deutschlands Volkswirtschaft seit dem Abschluß des Dawes-Abkommens

aus eigener Kraft noch nicht einen Pfennig Entschädigungswerte an das Ausland abgeführt hat."

Deshalb kann Prof. Keynes in einer interessanten Veröffentlichung mit Recht darauf hinweisen, daß Deutschland bisher der Welt nur das bezahlt hat, was die Welt Deutschland vorher geliehen hat. Deutschland hat nicht nur seine laufenden Entschädigungsverpflichtungen mit privaten und öffentlichen Auslandsanleihen gedeckt, sondern den gesamten Einfuhrüberschuß auf Borg genommen. Die innere Aufbringung der Entschädigungen muß, solange der Transfer geborgt wird, theoretisch unbedingt möglich sein, da unter diesen Umständen die Entschädigung keinen volkswirtschaftlichen Aderlaß bedeutet, höchstens gewisse Unbequemlichkeiten und Hemmungen in den deutschen Dispositionen über die verfügbaren Kapitalien.

Fest steht die Tatsache, daß Deutschland aus eigener Kraft, aus den eigenen Wirtschaftsüberschüssen die Reparationsverpflichtungen auf die Dauer nicht zahlen kann.

Kritisch wird die Sache in dem Augenblick, da die Hereinnahme weiterer Auslandsanleihen unmöglich ist, sie wird doppelt kritisch, wenn diese Erscheinungen gar mit einem Rückgang der deutschen Wirtschaftskonjunktur zusammenfällt. Prof. Cassel erklärt: Aber eines Tages wird Schluß sein! Die Fähigkeit Deutschlands, Anleihen im Ausland aufzunehmen, hat ihre Begrenzung in der Möglichkeit, befriedigende Sicherheiten zu bieten. Bei fortgesetzten Anleihen im bisherigen Umfange kann es aber nicht lange dauern, bis alle für den internationalen Kapitalmarkt in Frage kommenden Sicherheiten in Anspruch genommen sind. Dann wird der Dawesplan vollständig zerfallen, und die geschaffene ungesunde Lage wird unvermeidlich die ganze Reparationsfrage zu einer äußerst schweren Krise bringen.

Daß die Durchführung des unter falschen Voraussetzungen zustande gekommenen Dawesplanes die deutsche Wirtschaftskonjunktur auf das schwerste gefährdet, dafür bietet die Reichseisenbahn ein klassisches Beispiel. Eine Zahlenzusammenstellung über den Zusammenhang zwischen den wachsenden finanziellen Schwierigkeiten der Reichsbahn und den Reparationslasten klärt einen erschreckenden Einblick tun. Als Hauptvoraussetzung für die Tragbarkeit der Dawes-Lasten bezeichneten bekanntlich die derzeitigen ausländischen Sachverständigen 1924 als einen „besonderen Umstand von höchster Bedeutung" den ungeheuer tiefen Lohn- und Gehaltsstand. Zu dem Zeitpunkt der gutachtlichen Aeußerung stellten sich tatsächlich die deutschen Löhne und Gehälter nur auf 75 Prozent der Vorkriegslöhne. Inzwischen haben aber alle Löhne und Gehälter in Deutschland das Vorkriegsniveau weit überschritten und damit ist der „besondere Umstand von höchster Bedeutung" glatt entfallen. Bei der Reichsbahn sind trotz des fortschreitenden Personalabbaues in den Jahren 1925 und 1926 sowohl die sachlichen als auch die persönlichen Ausgaben unaufhaltsam erheblich gestiegen. Die sächlichen und persönlichen Ausgaben der Reichsbahn sind von 3 Milliarden Mark in 1924 auf 4,5 Milliarden in 1928 (nach vorsichtiger Schätzung) gestiegen: „das allein (Steigerung auf 3,7 Milliarden in 1927) hätte genügt, um bereits schon im vergangenen Jahr die weitere Durchführung des Londoner Abkommens effektiv unmöglich zu machen, wenn nicht im kritischen Zeitpunkt die Entwicklung der deutschen Wirtschaft einen Antrieb erhalten hätte, wie wir ihn in ähnlichen Ausmaßen nur in früheren Zeiten glänzendster Notkonjunturen erlebt haben."

Dem Fachmann ist bekannt, daß Einsparungen bei der Reichsbahn in nennenswertem Umfange nicht mehr möglich sind.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn betrachtet als einzigen Ausweg eine Erhöhung der Personen- und Gütertarife.

Daß eine Tariferhöhung nur den Anfang einer Reihe von katastrophalen Tariferhöhungen bilden wird, liegt klar auf der Hand. Lohn- und Gehaltserhöhungen auf der ganzen Linie müssen unausweichbar folgen. Das gesamte Preisniveau wird sich erhöhen, der notwendige Wirtschaftsaufstieg wird gehemmt und vielleicht in das Gegenteil umgewandelt. Deutschlands Erfüllung der übernommenen Dawes-Lasten wird daran scheitern, daß ein in jeder Beziehung annormaler Wirtschaftszustand im Gutachten der internationalen Sachverständigen als normal angesehen ist. Der Dawesplan muß scheitern, weil er die tatsächliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft unberücksichtigt gelassen hat.

Nis Petersen, Berlin.

Wir berichten im Auszug:

Aufwertung der Lebensversicherungsgesellschaften. Die überwiegende Mehrzahl der in Deutschland arbeitenden Lebensversicherungsgesellschaften hat nach Feststellung des in Frage kommenden Aufwertungsstoks die Pläne zur Aufwertung dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung zur Genehmigung vorgelegt. Genehmigt wurden die Pläne des „Nordstern" mit 12½ Prozent Aufwertungsquote in der Lebensversicherung und mit derselben Quote in der Unfall- und Haftversicherung. Der Plan der Karlsruher Lebensversicherungsbank ist ebenfalls bereits genehmigt worden mit einer Quote von 15 Prozent. — Gemäß Artikel 107 der Aufwertungsverordnung für Ansprüche aus Versicherungsverträgen hat die Genehmigung des Reichsaufsichtsamtes die Bedeutung, daß mit erfolgter Genehmigung die Gesellschaften an die vorgeschlagenen Quoten gebunden sind.

Gesetzliche Regelung des Treuhandwesens in Deutschland. Den Anträgen des Deutschen Treuhandverbandes auf Herausnahme der Treuhänder aus der in der großen Novelle zur Gewerbeordnung für Treuhänder vorgesehenen Gewerbeaufsicht ist vom Reichsjustizministerium jetzt stattgegeben worden. — Der von den beteiligten Kreisen aufgestellte Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Geschäftsbetriebes der Treuhänder und Bücherrevisoren und auf einheitliche Festsetzung eines Normalvertrages für Treuhandgeschäfte mußte zurückgezogen werden, weil Kreise der Wirtschaft dagegen Einspruch erhoben hatten, daß die Rechtsverhältnisse der Treuhänder und Bücherrevisoren zusammen geregelt würden.

Neue Erhöhung der Zinssätze bei der Preußischen Staatsbank. Die Preußische Staatsbank (Seehandlung) nimmt eine allgemeine Erhöhung ihrer Zinssätze vor. Wie die Verwaltung hierzu erklärt, hatte man bisher davon Abstand genommen, eine solche Erhöhung, die die Geldmarktlage bereits seit längerer Zeit erforderte, vorzunehmen. Da eine Entspannung am Geldmarkt nicht eingetreten ist, sieht man sich nun doch veranlaßt, hierzu zu schreiten.

Für die Verzinsung von Barguthaben gelten für die mit der Preußischen Staatsbank im laufenden Kontokorrentverkehr stehenden Banken und Bankiers bis auf weiteres folgende Sätze:

A) für Gelder ohne Kündigung — tägliche Gelder — werden der jeweiligen Marktlage entsprechende Zinssätze vergütet. Mangels solcher Vereinbarungen werden tägliche Gelder mit 4½ Prozent verzinst. Es ist jedoch für Kontoinhaber der Staatsbank möglich, eine weit höhere Verzinsung und zwar zurzeit 6¾ Prozent für rein tägliche Gelder unter folgenden Voraussetzungen zu erzielen: Dieser Satz wird bis auf weiteres für die als tägliche Gelder eingezahlten Beträge vergütet, soweit sie über das Monatsende hinaus bis zum 3. Werktage des folgenden Monats einschließlich in Höhe von insgesamt mindestens 100 000 RM. bei der Staatsbank verbleiben, vom Tage der Einzahlung ab, ohne daß es einer vorherigen Festlegung bedarf. Nach dem 3. Werktage des neuen Monats gilt das auf dem Konto vorhandene Guthaben als neue Einzahlung. Dazu ist noch zu bemerken, daß der Vorzugssatz von z. Zt. 6¾ Prozent ohne weiteres, also ohne besonderen Antrag der Kontoinhaber, bei dem Vorliegen obiger Voraussetzungen auf alle bei der Seehandlung geführten Guthabenkonten zur Anwendung kommt. Es gilt rückwirkend für alle seit dem 5. Juli d. Js. eingezahlten Beiträge. B) für feste, bzw. Kündigungsgelder a) auf einen Monat fest oder bei einmonatiger Kündigungsfrist 7 Prozent. Dieser Satz wird auch für Gelder auf 15 Tage bis zu einem Monat einschließlich fest dann gewährt, wenn die Festlegung über den Ultimo des betr. Monats hinaus erfolgt. b) auf 2 Monate fest oder bei zweimonatiger Kündigungsfrist 7⅛ Prozent, c) auf mindestens 3 Monate fest oder bei entsprechender Kündigungsfrist 7¼ Prozent.

Vierjährige Aussetzung der Ziehung der Türkenlose. Wie der DNB. erfährt, ist der Kursrückgang der Türkenlose von 27 RM. auf 21 RM. daraus zu erklären, daß die Amortisationsziehung während der vier Jahren ausgesetzt wird. Die letzte Ziehung vor der Unterbrechung wird am 1. August d. Js. stattfinden, die nächstfolgende erst wieder am 1. Oktober 1932. — Uebrigens ist weiterem Vernehmen nach die neuerliche Baisse der unifizierten Türken auf Transaktionen von Londoner Pariser Börsenkreisen zurückzuführen, ohne daß ein erkennbarer Grund bekannt wird. Bekanntlich rentieren sich die unifizierten Türken, die Mehrverzinsung nach 7 Jahren unberücksichtigt, zurzeit über mehr als 8½ Prozent pro anno.

Staatliche Notstandsaktion für geschädigte Weinbaugebiete. Der preußische Minister des Innern hat im Einvernehmen mit dem preußischen Finanzminister und dem preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten aus Anlaß der Frostschäden, die den Weinbau in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier schwer betroffen haben, eine staatliche Notstandsaktion eingeleitet. Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, ist zur Linderung der ersten Not in den zu mehr als 90 Prozent geschädigten Weinbaugebieten, insbesondere zur Sicherstellung der dringlichsten Arbeiten, vom preußischen Minister des Innern zunächst der Betrag von 100 000 RM. dem Oberpräsidenten in Koblenz zur Verfügung gestellt entsprechend den Grundsätzen für staatliche Notstandsaktionen, daß sowohl die Provinz wie die beteiligten Landkreise für die Notstandsaktion je den gleichen Betrag zur Verfügung stellen werden.

Dr. Bergius über seine Erfindung. Vor der Abteilung für Betriebschemie der Jahrestagung der Internationalen Chemischen Vereinigung gab Dr. Bergius Montag im Haag eine ausführliche Schilderung seiner Arbeiten, die zu der Oelgewinnung aus Kohle und der Zuckergewinnung aus Holz geführt haben. Das Verfahren sei durch die J. G. für Farbenindustrie weiter bezeit vervollkommnet worden, daß man gegenwärtig jedes Oel in Benzinform gewinnen und nach Belieben Schmer- oder Leichtöle herstellen kann. Wenn die Regierung die Arbeiten unterstützt hätte, wäre Dr. Bergius fünf Jahre früher fertig gewesen; sein ganzer Betrieb mit 100 Arbeitern und 50 Technikern mußte aus privaten Mitteln bestritten werden. Bei der Verzuckerung des Holzes, wozu auch Brennholz verwendet werden kann, erhält man ein 80 bis 90 v. H. zuckerhaltiges Produkt in Pulverform, das ein ausgezeichnetes Viehfutter ist und aus dem leicht Glucose gewonnen werden kann. Die erste Fabrik für dieses Verfahren wurde in Genf gebaut.

Eine amerikanische landwirtschaftliche Studienkommission in Deutschland. Im Zusammenhang mit den Plänen zur Schaffung und zum Ausbau der Absatzorganisationen in der amerikanischen Landwirtschaft auf Grund der gegenwärtig in Beratung befindlichen Farmer-Bill ist auf Veranlassung des Landwirtschaftsdepartements der Vereinigten Staaten eine Studienkommission in Berlin eingetroffen, die insbesondere die Einrichtungen des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens studieren soll. Auch die deutschen landwirtschaftlichen Finanzierungseinrichtungen für die Genossenschaften werden von der amerikanischen Kommission untersucht werden. Der Stand der Standardisierungsbewegung für landwirtschaftliche Produkte und die Art der Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms der Reichsregierung erwecken das besondere Interesse der amerikanischen Kommission.

Auch Spanien gründet ein Kohlensyndikat. Trotz zahlreicher Protestes hat die spanische Regierung die Bildung eines Kohlensyndikats mit dem Sitz in Barcelona angeordnet, das sich aus Händlern, Importeuren und nationalen Bergwerksgesellschaften zusammensetzen soll. Aehnliche Syndikate sollen in Bilbao und Sevilla geschaffen werden. Sie sollen die inländische Erzeugung bis zu 60 v. H. verteilen. Ein von der Regierung eingesetzter Kohlenrat soll über die genaue Einhaltung dieser Vorschriften wachen.

Neuer englischer Kabeltelegraphenzusammenschluß. Die Eastern-Gruppe hat, wie aus London gemeldet wird, die Mehrheit der Direct West India Cable Co. erworben. Hierdurch erlangt sie die Kontrolle über folgende über westindische Kabeltelegraphengesellschaften: Direct West India Cable Company, Halifax and Bermudas Cable Co., Cuba Submarine Telegraph Co. und West India and Panama Telegraph Co. Die vier aufgenommenen Gesellschaften haben insgesamt ein Aktienkapital von 1 723 800 Lstr. Das Kabelnetz der vier Unternehmungen hat eine Länge von über 8 000 englischen Meilen. Die Zahl der Stationen, die in Westindien arbeiten, ist 22 für den Kabeldienst. Hierzu treten noch die eigenen Stationen für den drahtlosen Dienst der kürzlich zwischen Bermuda und Jamaika eingerichtet wurde. Es ist interessant, hierbei zu erfahren, daß die Gesellschaft bereits seit mehr als 30 Jahren einen drahtlosen Dienst unterhält. Die Gesellschaften stehen auch in engem Vertragsverhältnis mit der Commercial Cable und Western Union.

Günstige Entwicklung des russisch-österreichischen Handelsverkehrs. Die Umsätze im russisch-österreichischen Handelsverkehr beliefen sich im abgelaufenen Wirtschaftsjahr in der Hauptsache durch das Kreditabkommen begünstigt, auf rund 18 Mill. S. Von diesem Betrag entfallen auf den russischen Bezug von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten rund 9 Mill. S. In Moskauer Handelskreisen ist man, wie dem DBS. gemeldet wird, mit der Entwicklung der russisch-österreichischen Handelskreditaktion zufrieden, umsomehr, als erst vor kurzem von Oesterreich neue Kredite zur Verfügung für das Rußlandgeschäft bereitgestellt wurden. Diese Bewilligung neuer Kreditbeträge sowie die Heranziehung neuer österreichischer Firmen zum Rußlandgeschäft sei ein Zeichen dafür, daß die österreichischen Lieferanten mit den getroffenen Vereinbarungen ebenfalls zufrieden seien, obgleich die Vereinbarungen seinerseits gerade von einem Teil der österreichischen Firmen mißtrauisch behandelt wurden.

Vor der Aussperrung von 7000 Arbeitern im Dill-Gebiet. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Lohnstreit in der Eisenindustrie des Dill-Gebietes sind ergebnislos geblieben. Die für Mittwoch angesetzten Verhandlungen zur Beilegung des Streikes in der Metallindustrie finden nicht statt, da daß an diesem Tage nach Schichtschluß die vom Arbeitgeberverband der Siegerländer Gruben und Hütten für die Hütten- und Metallindustrie an der Dill und oberen Lahn verfügte Generalaussperrung in Kraft tritt.

Baldwin lehnt sofortige Schutzmaßnahmen für die Eisen- und Stahlindustrie ab. Ministerpräsident Baldwin empfing am Montag eine Abordnung konservativer Parlamentarier, die ihn eine Denkschrift über sofortige Schutzmaßnahmen für die Eisen- und Stahlindustrie unterbreiteten. Der Ministerpräsident hat jedoch den Erlaß der in der Denkschrift geforderten Maßnahmen abgelehnt.

Berwalter-, Lehrlings- und Wirtschaftsgehilfen-Prüfungen. Die nächsten Verwalterprüfungen der Landwirtschaftskammer finden im Oktober, die der Lehrlings- und Wirtschaftsgehilfenprüfungen im September d. J. statt. Die Anmeldungen zu den Prüfungen sind bis spätestens 1. August der Landwirtschaftskammer einzureichen.

Frankfurter Abendbörse

Frankfurt, 25. Juli. Trotz fester New Yorker Anfangsnotiz blieb die Stimmung an der Abendbörse lustlos und im Hinblick auf die morgige Prämienerklärung zurückhaltend. Umsätze kamen wieder nur vereinzelt zustande und bei der deshalb nur geringen Anzahl von Notierungen überwogen gegen den vorherigen Schluß kleine bis zu ein Prozent betragende Rückgänge. Deutsche Linoleum gaben abermals um 1½ Prozent nach. Andererseits bestand für Oberbedarf (plus 1½ Prozent zu gestellen einiges Interesse. J. G. Farben, in denen erst sehr spät ein Kurs zustande kam, waren geringfügig abgeschwächt. Die Rentenmärkte blieben vernachlässigt. Auch der Verkauf lag fast geschäftslos.

Börsen- und Kursberichte im Abendblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192807261-15/fragment/page=0004